

„Die Schweden verlieren das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat“

In der Corona-Krise wachsen Zweifel an Altenpflege und Kompetenz der Regierenden. Mit neuem Pandemiegesetz ist erstmals ein Lockdown möglich

Die Entwicklung ist alarmierend: Mehr als 300.000 Schweden sind inzwischen positiv auf das Coronavirus getestet worden. Die Zahl der Covid-Toten ist auf mehr als 10.000 gestiegen. Es sieht so aus, als wären das Infektionsgeschehen und dessen Folgen außer Kontrolle geraten.

VON CLAUDIA EHRENSTEIN

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung von rund zehn Millionen Menschen, streht das skandinavische Land deutlich schlechter da als Deutschland: In Schweden ist die Zahl der Todesfälle mindestens doppelt so hoch. Der schwedische König Carl XVI. Gustaf hat die Situation vor Wochen in einem vernichtenden Satz zusammengefasst: „Ich denke, wir sind gescheitert.“

Mit der wachsenden Zahl von Infizierten und Toten nimmt das Vertrauen der Schweden in ihre Regierung ab. Zu Beginn der Corona-Krise waren sie noch zuversichtlich gewesen, dass der Staat sie beschützen werde. Das Land umstrittenen Sonderweg ein – mit vergleichsweise gemäßigten Einschränkun-

gen des öffentlichen Lebens und Appellen an die Vernunft der Bürger, auf Abstand zu achten. Staatsepidemiologe Anders Tegnell bestimmte den Kurs. Es gab weder einen Lockdown noch eine Maskenpflicht. Restaurants und Geschäfte blieben offen, Besuche in Alten- und Pflegeheimen aber waren monatelang verboten.

Dennoch starben vor allem die alten und hochbetagten Menschen ausgerechnet in jenen Pflegeeinrichtungen, wo sie doch eigentlich umsorgt werden sollten. Das hat das Land erschüttert und führte zu einem erheblichen Misstrauen in der Bevölkerung. Laut einer aktuellen Umfrage haben derzeit nur noch knapp 20 Prozent der Schweden Vertrauen in die Altenpflege. Für die schwedische Öffentlichkeit war und ist es auch schwer zu ertragen, dass in den skandinavischen Nachbarländern Dänemark, Norwegen und Finnland die Corona-Maßnahmen erfolgreicher und die Fallzahlen niedriger sind.

Der Konstanzer Skandinavienforscher Sven Jochem sieht die schwedische Gesellschaft als Folge dieser Entwicklungen bereits vor entscheidenden Veränderungen. „Die Schweden verlie-

ren das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat“, sagt Jochem. Jahrzehntrelang hatte die Bevölkerung akzeptiert, vergleichsweise hohe Steuern zu zahlen. Im Gegenzug garantierte der Staat ein verlässliches Gesundheits- und Rentensystem, auch für die Versorgung der Alten wurde gesorgt. Diese Sicherheit ließ bislang viel Freiraum für ein selbstbestimmtes, freiheitliches Leben. Doch angesichts der Corona-Zahlen reagiert die Regierung in Stockholm nun mit ungewöhnlich restriktiven Maßnahmen.

Seit einer Woche ist ein zunächst bis Ende September befristetes Pandemiegesetz in Kraft. Es begrenzt die Zahl der Personen in Einkaufszentren, Fitnessstudios und Gaststätten. Die Regierung hat jetzt erstmals überhaupt die rechtliche Möglichkeit, einen Lockdown zu verhängen, sollte sich das Coronavirus weiter ausbreiten. Auch können bei Verstößen gegen die Vorschriften nun Bußgelder verhängt und zum Beispiel Restaurants geschlossen werden. Ministerpräsident Stefan Löfven versicherte, dass die Regierung das Gesetz so wenig wie möglich anwenden wolle. Allerdings ist fraglich, ob die neuen Maßnahmen geeignet sind, das Pandemiegesehen

einzuämmen. Als Reaktion auf die neuen Regelungen erklärte der Chef der Volksgesundheitsbehörde, Johan Carlsson, Anstreckungen würden derzeit vor allem im privaten Raum und am Arbeitsplatz erfolgen – und in beiden Bereichen greife das neue Gesetz nicht.

Schwedenexperte Jochem wertet das Pandemiegesetz daher vor allem als Versuch der Regierung, sich endlich akzentriert in die Corona-Politik einzumischen. Die Reaktion auf die Pandemie orientierte sich zunächst an den Empfehlungen der Experten. „Die Politik setzte sich lange Zeit in die zweite Reihe“, sagt Jochem. Diese auffällige Zurückhaltung erklärt er auch damit, dass die seit 2018 amtierende rot-grüne Minderheitsregierung keine stabile Mehrheit im Parlament hat. Um keine Fehler zu machen und damit möglicherweise eine Regierungskrise zu riskieren – die Koalition stand schon zweimal kurz davor, sich aufzulösen –, wurde die politische Verantwortung zunächst weitgehend der Behörde überlassen. Diese Strategie änderte sich erst im Herbst, als die Umfragewerte für die Regierung absackten. Sie reagiert mit dem Pandemiegesetz aber auch auf den wachsen-

den Druck vonseiten der bürgerlichen Mittepartei, auf die Ministerpräsident Löfven angewiesen ist.

Wenn in Deutschland über die schwedische Corona-Politik diskutiert werde, so Jochem, gebe es entweder uneingeschränkte Bewunderung oder gnadenlose Kritik: „Das ist ja oft so, wenn es um den schwedischen Sonderweg geht: Die Gräutone werden verschluckt.“ Um zu verstehen, warum die schwedische Regierung gerade die Partienten in den Alten- und Pflegeheimen nicht ausreichend schützen konnte und damit Vertrauen in der Bevölkerung verspielte, verweist Jochem auf die Situation der Altenpflege: „Hierfür sind die Kommunen und Landkreise zuständig. Diese haben aber seit den 1990er-Jahren diesen Bereich weitgehend kaputtgespart.“

Schon vor der Pandemie hätten Berichte die Situation in den Heimen als „kaum erträglich“ gebrandmarkt. Es sei weiter privatisiert worden, ohne die Qualität der Dienstleistungen ausreichend überwachen zu können. Das Personal ist schlecht ausgebildet, die Ausstattung oft mangelhaft. Die unabhängige Corona-Kommission stelle in ihrem ersten Teilbericht im Dezember erhebliche Mängel beim Schutz der Pflegebedürftigen fest. Jochem sagt: „Die Corona-Politik in Schweden scheiterte letztlich auch an der Dezentralisierung und Privatisierung des schwedischen Wohlfahrtsstaats.“

Die meisten Alters- und Pflegeheimen haben keine Möglichkeit, Corona-Patienten zu beatmen. Oft hätten sich erkrankte Heimbewohner nicht ins Krankenhaus einweisen lassen, so Jochem, weil sie die schockierenden Bilder aus dem italienischen Bergamo noch vor Augen hatten. Oder aber sie hatten in einer Patientenverfügung erklärt, dass sie nicht beatmet werden wollten. So konnten die Betroffenen in lebensbedrohlichen Situationen oft nicht angemessen versorgt werden.

Von einem „gravierenden“ Vertrauensverlust in die Regierung will Schwedenexperte Jochem noch nicht reden. Doch die Gewissheiten des schwedischen Wohlfahrtsstaats lösen sich langsam auf – auch wenn die Infektionszahlen in den Altenheimen derzeit rückläufig sind. Mit Blick auf die Corona-Politik bedeutet das: eine neue Balance zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Sicherheit zu finden.